

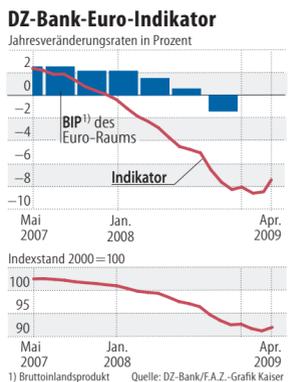
IW: Talsohle der Krise in Sicht, aber kein Aufschwung

ami. BERLIN, 4. Mai. Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in diesem Jahr weniger stark zurückgehen als von der Regierung erwartet. IW-Direktor Michael Hüther sprach am Montag von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um gut 4,5 Prozent. Für das nächste Jahr kalkulierte er mit einem leichten Plus von 0,5 Prozent und schloss sich damit der Erwartung der Regierung an, dass man nach dem konjunkturellen Einbruch noch in diesem Jahr wieder Boden unter den Füßen finden werde. Dennoch ist Hüther nicht allzu optimistisch: „Wir erreichen die Talsohle, aber keinen nachhaltigen Wendepunkt nach oben.“ Die Krise spiegele sich auch in der aktuellen Umfrage wider, an der mehr als 1900 Unternehmen teilgenommen hätten: In Westdeutschland gingen zwei Drittel der Firmen von einer rückläufigen Produktion im Jahr 2009 aus; nur ein Zehntel rechne mit einem Produktionszuwachs. In Ostdeutschland seien 53 Prozent der Betriebe skeptisch, nur 14 Prozent hätten sich zuversichtlich geäußert. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Betriebe erwarteten ein schrumpfendes Auslandsgeschäft, ebenso viele Befragte rechneten mit sinkenden Investitionen. Aufgrund dieser negativen Impulse stellten sich 56 Prozent aller befragten Unternehmen in diesem Jahr auf einen Stellenabbau ein; nur 8 Prozent planten, ihr Personal aufzustocken.

Stimmung verbessert sich merklich

F.A.Z. FRANKFURT, 4. Mai. Die Konjunktur im Euro-Raum dürfte im Frühjahr ihren Tiefpunkt erreicht haben. Darauf deutet die jüngste Entwicklung des Euro-Indikators der DZ BANK hin, der im April um 0,8 Prozent auf einen Stand von 92,1 Punkten angestiegen ist. Die Vorjahresrate des Indikators hat sich von -8,5 Prozent im Vormonat auf -7,4 Prozent verbessert. Sollte sich die Aufwärtsbewegung in den kommenden Monaten fortsetzen, so kann ab dem Sommer mit einer konjunkturellen Erholung im Euro-Raum gerechnet werden.

Maßgeblichen Anteil an der Verbesserung im abgelaufenen Monat hatte der Anstieg der Stimmungskennzahlen. So haben sich gemäß der Umfrage der EU-Kommission die Produktionserwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im April merklich verbessert, bleiben allerdings immer noch auf äußerst niedrigem Niveau. Im Vergleich zu den Tiefständen im Winter haben sich auch die Einschätzungen der Einkaufsmanager leicht verbessert. Mit 36,8 Punkten bleibt dieser Indikator aber immer noch weit unterhalb seines neutralen Niveaus von 50 Punkten.



Ein bisschen Geld fließt wieder

ija. BERLIN, 4. Mai. Bundesbankpräsident Axel Weber sieht am deutschen Finanzmarkt „erste vorsichtige Anzeichen von Besserung“. Einige Anlageklassen verzeichneten mittlerweile wieder Nettozuflüsse oder Wertsteigerungen ihres Fondsvermögens, sagte Weber am Montag in Hamburg auf dem Deutschen Steuerberaterkongress. Er nannte offene Immobilienfonds, Aktienfonds und den Pfandbriefmarkt. Der Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Horst Vinken, rief die große Koalition im Bundestag dazu auf, die Abzugsfähigkeit privater Steuerberatungskosten wieder einzuführen. „Die Aufteilung in einen privaten und einen weiterhin abzugsfähigen Teil ist ein Paradebeispiel für eine Vorschrift, die als Vereinfachungsmaßnahme gepriesen wurde, aber das genaue Gegenteil bewirkt hat.“ Die Entlastung des Staatshaushalts durch die Neuordnung der Abzugsfähigen ist ein Paradebeispiel für eine Vorschrift, die als Vereinfachungsmaßnahme gepriesen wurde, aber das genaue Gegenteil bewirkt hat.“ Die Entlastung des Staatshaushalts durch die Neuordnung der Abzugsfähigen ist ein Paradebeispiel für eine Vorschrift, die als Vereinfachungsmaßnahme gepriesen wurde, aber das genaue Gegenteil bewirkt hat.“

Fast alle EU-Staaten sind Defizitsünder

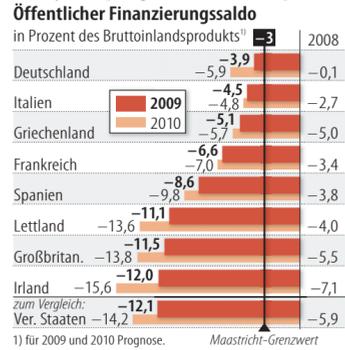
wmu. BRÜSSEL, 4. Mai. Nach diversen anderen Institutionen hat auch die Europäische Kommission ihre Konjunkturprognose nochmals erheblich nach unten revidiert. Für die Gesamt-EU und den Euro-Raum rechnet sie nun mit einem Schrumpfen des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr um 4 Prozent, im kommenden Jahr mit einer Stagnation. Das geht aus der Frühjahrsprognose der Behörde hervor, die EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia am Montag in Brüssel vorgelegt hat. Im Januar hatte er noch mit einem Minus von 2 Prozent für 2009 und einem leichten Wachstum von 0,5 Prozent für 2010 gerechnet. Für Deutschland erwartet die Kommission 2009 jetzt ein Minus von 5,4 Prozent. Sie ist damit nicht ganz so pessimistisch wie die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung, die jeweils mit minus 6 Prozent rechnen. Almunia erklärte den Unterschied indes vor allem damit, dass der Kommission einige neuere Daten aus Deutschland noch nicht vorgelegen hätten. Insofern seien die deutschen Prognosen wohl realistischer.

„Wir befinden uns derzeit mitten in der tiefsten Rezession, aber wir sind nicht mehr im freien Fall. Deshalb hoffe ich, dass dies unsere letzte Abwärtsrevision in dieser Krise war“, sagte Almunia. Es gebe einige Anzeichen für eine langsame Konjunkturerholung, allerdings noch keine „kritische Masse an positiven Daten“, die ihn absolut sicher mache, dass das Schlimmste vorbei sei. Die Beschäftigung wird nach der Prognose in der EU in diesem Jahr um 2,5 und im kommenden Jahr um weitere 1,5 Prozent sinken. Trotz niedriger Inflationsrate erwartet Almunia keine Deflationsrisiken.

Der Kommissar kündigte an, dass die EU-Staats- und -Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen im Juni die Wirkung der bisher beschlossenen Konjunkturpakete prüfen und über weitere Schritte zur Konjunkturbelebung diskutieren würden. Die Mitgliedstaaten dürften allerdings keine Maßnahmen mehr ohne enge Abstimmung auf EU-Ebene beschließen. „Auch muss klar sein, dass nur noch wenige Staaten haushaltspolitischen Spielraum für weitere Ausgabenprogramme haben. In vielen Staaten ist dieser Spielraum erschöpft.“ Nach den Kommissionsschätzungen wird das Staatsdefizit 2009 in 13 der 16 Euro-Staaten über den Maastrichter Referenzwert von 3 Prozent des BIP steigen, darunter in allen großen Volkswirtschaft-

Die Wirtschaftskrise treibt das Staatsdefizit in fast allen EU-Staaten über den Maastrichter Referenzwert, zum Teil um ein Mehrfaches. Mit Defizitverfahren – auch gegen Deutschland – lässt sich die EU-Kommission aber Zeit.

Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission



ten des Euro-Raums. In vielen Staaten wird dieser Wert spätestens im kommenden Jahr um teils mehr als das Doppelte überschritten. Für den Durchschnitt des Euro-Raums rechnet die EU-Behörde 2009 mit einem Defizit von 5,3 Prozent des BIP, für 2010 von 6,5 Prozent. Für Deutschland, das im vergangenen Jahr noch einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt aufwies, rechnet die Kommission mit einem Fehlbetrag von 3,9 (2009) und 5,9 Prozent (2010) des BIP. Damit übersteige das deutsche Defizit 2010 jenes von Ländern wie Italien oder Griechenland, die in den vergangenen Monaten gelegentlich mit Berichten über einen drohenden Staatsbankrott konfrontiert waren. Eine noch höhere Neuverschuldung erwartet die Kommission im kommenden Jahr in Irland (15,6 Prozent des BIP), Spanien (9,8), Frankreich (7), Portugal (6,7), Slowenien (6,5) sowie in den Niederlanden und Belgien (jeweils 6,1).

Almunia sagte, die Kommission dürfe die Entwicklung der Staatsfinanzen nicht

so streng beurteilen wie in normalen Zeiten. Die Stimulierung der Wirtschaft durch öffentliche Ausgabenprogramme sei notwendig gewesen. Wichtig sei jetzt, dass die Mitgliedstaaten mittelfristig zu einer Konsolidierungsstrategie zurückfinden. Die EU-Finanzminister werden bei ihrem Treffen an diesem Dienstag in Brüssel eine Erklärung verabschieden, in der sie sich zur mittelfristigen Konsolidierung bekennen. Ein Zeitpunkt ist darin aber nicht genannt.

Kennzahlen für den Euro-Raum

Veränderung zum Vorjahr in Prozent	2008	Prognose 2009	2010
Reales BIP	0,8	-4,0	-0,1
Privater Verbrauch	0,5	-0,9	-0,3
Verbrauch des Staats	2,0	2,0	1,7
Investitionen	0,0	-10,4	-2,7
Inflation	3,3	0,4	1,2
Finanzierungsaldo in Prozent des BIP	-1,9	-5,3	-6,5
Schuldenstand in Prozent des BIP	69,3	77,7	83,8
Arbeitslosenquote in Prozent der Arbeitskräfte	7,5	9,9	11,5

Quelle: Europäische Kommission / F.A.Z.-Grafik Brocker

Die Eröffnung weiterer EU-Defizitverfahren, die eine Überwachung der Haushaltspolitik der betroffenen Mitgliedstaaten durch die Kommission – bis auf weiteres aber ohne Sanktionen – bedeuten, ist derzeit nur für jene Staaten vorgesehen, die schon 2008 den Maastrichter Referenzwert verletzt haben. Dies betrifft neben den Euro-Staaten Frankreich, Griechenland, Spanien und Irland, gegen die die Verfahren schon eingeleitet sind, ausschließlich Länder, die nicht der Währungsunion angehören. Alle anderen Staaten wie Deutschland, deren Staatsdefizit in diesem Jahr deutlich über 3 Prozent des BIP liegen wird, haben nicht mit einer schnellen Verfahrenseröffnung zu rechnen. Almunia sagte, seine Behörde werde eine Eröffnung in den „kommenden Monaten“ prüfen. Angesichts der absehbar starken Überschreitung des Referenzwerts gilt es aber als sicher, dass die Kommission die Verfahren schon in diesem Jahr einleitet und nicht abwartet, bis die endgültigen Defizitzahlen vorliegen.

Zur Ordnung

Der Ruf der dreiundachtzig

Von Hans D. Barbier

Ist die Wirtschaftspolitik noch zu retten? Gemeint ist nicht die in Kabinetten und Parlamenten beschlossene Politik. Und schon gar nicht die, die in Wahlen in den Dienst des Machterhaltes oder der Machtgewinnung von Parteien gestellt wird. Da ist wohl nicht viel zu retten. Wenn von der Rettung der Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik die Rede ist, dann ist eine akademische Disziplin gemeint, die das Wägen lehrt und vom Abschätzen der Folgen wirtschaftspolitischer Entscheidungen handelt. Für solche Ordnungspolitik hatte der Lehr- und Forschungskanon deutscher Universitäten traditionell einen guten Leumund. An deutschen Universitäten wurde gelehrt und gelernt, das „Respecte finem!“ – „Bedenke die Folgen deiner Entscheidungen und ihrer weichenstellenden Wirkung!“ – nicht aus dem Auge zu verlieren.



Maßnahmen einer empiriegestützten Schätzung zu unterziehen. Das Wägen von Alternativen unter Annahmen nie ganz bekannter Eintrittswahrscheinlichkeiten und unter den Bedingungen unterschiedlicher Wertschätzungen der rechnerisch nur grob abzugreifenden Aufwands- und Ertragsgrößen ist der Kern der Aufgabe zieldienlicher Wirtschaftspolitik. Die Entscheidung „Abwrackprämie jetzt, was dann kommt, sehen wir später!“ hat mit einer solchen Politik nichts zu tun. Zu lernen, Wirkungszusammenhänge im Rahmen der Wirtschaftsordnung zu erklären und Ordnungssysteme nach ihren Leistungen für die Wohlfahrt zu bewerten, ist – oder war? – die Aufgabe der Ordnungspolitik als Lehrfach an den deutschen Universitäten.

Die 83 Ökonomen, die jetzt zur Rettung der Ordnungspolitik an den Hochschulen aufgerufen haben, verdienen jede Unterstützung. Und das nicht nur von Liberalen in Thinktanks und Redaktionen. Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik gehört auf die Agenda der Politik selbst. Aber auch das muss gelehrt und will gelernt sein.

Der Autor ist Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Chinas Manager zuversichtlicher

PMI-Indikator steigt erstmals seit acht Monaten

che. NUSA DUA, 4. Mai. Erstmals seit acht Monaten werden Chinas Unternehmenslenker optimistischer. Der Index der Einkaufsmanager (PMI), den die Unternehmensberatung CLSA in Hongkong ermittelt, stieg im April zum ersten Mal seit Juli vergangenen Jahres wieder in den positiven Bereich. Der April-Wert liegt mit 50,1 knapp über der Wasserscheide: Ein Wert unterhalb der 50 deutet auf ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung hin, ein Wert darüber auf Wachstum. Im März hatte der PMI noch bei 44,8 notiert. „Chinas Regierung hat Investitionen außerordentlich erfolgreich angekurbelt. Hinzu kommt nun ein deutlicher Aufschwung bei den Bestellungen aus dem Ausland“, sagte Eric Fishwick, Chefökonom bei CLSA. Diese indes dürften sich in den nächsten Monaten noch einmal abschwächen, da sich die Lager nun auf die neue Situation eingestellt hätten und die Bestellungen die wirkliche Nachfrage widerspiegeln. „Gleichwohl hoffen wir, dass die Ausgaben der Regierung noch weiter an Fahrt gewinnen werden und den PMI oberhalb des Wertes von 50 halten“, sagte er. Auch der Index für die Beschäftigung legte erstmals seit langem wieder zu: Mit 50,9 lag er spürbar über dem Märzwert von 47,1. Das bedeutet, dass Unternehmen wieder mit der Suche nach Personal beginnen. Auch der PMI, den das chinesische Statistikamt ermittelt, schwankte in den positiven Bereich: Er stellte sich im März auf 52,4, nachdem er im Februar bei 49 gestanden hatte. Der Wert für April liegt noch nicht vor. Dieser Index notierte seit September im negativen Bereich.

Kurze Meldungen

Weniger Werkzeugmaschinen

Die deutschen Werkzeugmaschinenbauer müssen ihre ohnehin schon düstere Jahresprognose nach einem extrem schlechten ersten Quartal wohl deutlich nach unten korrigieren. In den ersten drei Monaten 2009 gingen die Bestellungen um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, teilte der Verband Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW) mit. Die Inlands- und Auslandsaufträge sanken in gleichem Maße. „Unsere Industriekunden haben weltweit und aus nahezu allen Bereichen ihre Investitionstätigkeit drastisch zurückgefahren“, sagte der VDW-Geschäftsführer Wilfried Schäfer. Schon im vierten Quartal 2008 waren die Bestellungen um 54 Prozent zurückgegangen. Angesichts dieser Entwicklung sei das für 2009 erwartete Produktionsminus von 15 Prozent „praktisch nicht mehr erreichbar“, hieß es. Eine neue Prognose will der Verband erst zur Jahresmitte veröffentlichen. hpa.

KfW bezuschusst Beratung

Die staatseigene Förderbank KfW bezuschusst nun auch die Inanspruchnahme von Unternehmensberatern. In Schwierigkeiten geratene kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können für den Einsatz eines geeigneten Unternehmensberaters einen Zuschuss von bis zu 6000 Euro erhalten. Die Beratungen für Unternehmen mit positiver Zukunftsprognose werden in Kooperation mit den regionalen Partnern (IHK, Handwerkskammer) durchgeführt. Bis 2013 stehen nach Angaben der KfW insgesamt bis zu 30 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. hap.

Einzelhandel schwächelt

Die Umsätze im deutschen Einzelhandel bleiben schwach. Im März lagen die Erlöse 1,8 Prozent unter dem Niveau des Vor-

jahresmonats, preisbereinigt betrug das Minus 1,5 Prozent. Das teilte das Statistische Bundesamt am Montag auf Grundlage vorläufiger Daten mit. Zu berücksichtigen ist, dass der März 2009 zwei Verkaufstage mehr hatte als im Vorjahr. Gegenüber Februar sanken die Umsätze saison- und kalenderbereinigt nominal um 1,4 Prozent, real um 1 Prozent. dpa

Zementindustrie profitiert

Die beiden Konjunkturpakete der Regierung werden in diesem und im kommenden Jahr vor allem im Tiefbau zu einem Mehrbedarf von etwa drei Millionen Tonnen Zement führen und damit der Branche eine größere Krise ersparen. Der Bundesverband der Deutschen Zementindustrie (BDZ) erwartet, dass 2009 der inländische Zementverbrauch um nur 5 Prozent auf etwa 26 Millionen Tonnen schrumpfen wird. „Damit die Mittel aus den Konjunkturpaketen nicht als bloßes Strohhalm verpuffen, müssen sie in eine systematische Entwicklung von Qualität und Quantität unserer Infrastruktur eingebunden werden“, sagte Verbandspräsident Andreas Kern in Berlin. km.

Hohe Zahlungsmoral

Knapp 80 Prozent der deutschen Unternehmen haben im ersten Quartal ihre Rechnungen pünktlich bezahlt. Wie der Wirtschaftsinformationsdienst D&B am Mittwoch mitteilte, sank die Zahlungsmoral der Unternehmen damit gegenüber dem Vorquartal nur geringfügig um 0,1 Prozentpunkte. Vor einem Jahr habe sie auch nur geringfügig höher gelegen. „Die Zahlungsmoral deutscher Unternehmen zeigt sich trotz der ständigen Nachrichten über Rezession, Wirtschaftskrise, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit erstaunlich robust“, sagt Thomas Dold, Geschäftsführer von D&B Deutschland. Besonders verlässlich begleichen Pharmaunternehmen ihre Rechnungen. dmoh.

Gleiches Recht für alle. Auch beim Thema Zugänglichkeit.

5. Mai TEILHABE JETZT
Eine Gesellschaft für alle

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist im Dezember 2008 ratifiziert worden. Das Übereinkommen garantiert umfassende rechtliche und soziale Gleichberechtigung sowie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir fordern eine schnelle Umsetzung der Konvention unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen, ihren Verbänden und Organisationen. Damit Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen – z. B. im Café, beim Arzt oder im Theater – barrierefrei am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

dieGesellschafter.de
IN WAS FÜR EINER GESELLSCHAFT WOLLEN WIR LEBEN?

Die Verbände der Behindertenhilfe und -selbsthilfe in Kooperation mit der Aktion Mensch